

Raus aus Afghanistan? Exit-Optionen für Deutschland!

Seit 2004 hat die organisierte Gewaltanwendung in Afghanistan ein Maß erreicht, das sowohl nach üblichem Sprachgebrauch als auch nach den Kriterien der wissenschaftlichen Literatur als Krieg bezeichnet werden muss. Diese Gewalteskalation betrifft auch die Bundeswehr. Bislang sind über 30 Soldaten im Einsatz in Afghanistan umgekommen. Wie viele Afghanen durch deutsche Soldaten getötet wurden, ist nicht bekannt. Aber die von einem deutschen Oberst Anfang September 2009 veranlasste Bombardierung zweier gekaperter Tanklaster, die fast 100 Menschenleben gefordert haben soll – darunter auch Zivilisten –, hat endlich die notwendige Debatte über Sinn und Unsinn des Afghanistaneinsatzes entfacht. Dazu gehört auch eine kritische Betrachtung der neuen US-Strategie der Aufstandsbekämpfung (*Counter-insurgency/ COIN*), in die die Bundesregierung einzuschwenken scheint.

COIN ist eine „andere Art“ der Kriegführung, sie zielt auf den Sieg über einen zahlenmäßig immer schwächer werdenden Gegner ab, der mit traditionellen militärischen Mitteln nicht niedergerungen werden kann. Der Erfolg soll durch eine Kombination von „Zuckerbrot“ – politische Einbindung, entwicklungspolitische Unterstützung etc. – für die politischen Akteure und die Teile der Bevölkerung, die mit dem Interventen kooperieren, und „Peitsche“, also hartes militärisches Vorgehen gegen diejenigen, die dazu nicht bereit sind, erzielt werden. Nach gängiger Lesart war die Adaption einer COIN-Strategie für den Irak entscheidend für die relative Verbesserung der dortigen Sicherheitslage.

Kann eine COIN-Strategie in Afghanistan und im angrenzenden pakistanischen Grenzgebiet (AFPAK) zur Kriegsbeendigung führen? Ist sie gleichzeitig mit den im Afghanistan-Konzept der Bundesregierung vertretenen Zielen vereinbar? Erhebliche Zweifel sind angebracht.

- Die Gegner der afghanischen Zentralregierung sind sehr heterogen. Die meisten Gruppen sind lokal verankert, die Bedeutung von übergreifenden Identitäten (wie die der Sunni und Schia im Irak), die von den USA genutzt werden könnten, ist deutlich schwächer ausgeprägt.
- Große Teile der irakischen Gesellschaft haben in den letzten Jahrzehnten einen zentralstaatlich gelenkten Modernisierungsprozess durchlaufen. In Afghanistan war dies nie der Fall.
- COIN-Kampagnen der Vergangenheit waren militärisch „schmutzig“. Gegen einen Gegner, der sich nicht an Regeln des humanitären Völkerrechts hielt, glaubte man ebenfalls am Rande oder sogar außerhalb des gängigen Völkerrechts kämpfen zu dürfen. Eine sol-

che COIN-Strategie für Afghanistan würde insbesondere für die Bundeswehr eine qualitative Änderung ihres bisherigen Vorgehens mit sich bringen.

- Der US-amerikanische Plan zielt auf eine Erhöhung des Gewalteeinsatzes – um nach einer Gewaltphase zur Verminderung der Gewalt zu kommen. Der vorgesehene Aufwuchs an Soldaten führt unweigerlich zu mehr Opfern auf beiden Seiten. In der Geschichte Afghanistans haben solche bewussten Eskalationen häufiger zu verstärkter Gegenwehr als zur Befriedung geführt.
- Eine COIN-Strategie macht Entwicklungszusammenarbeit zum Instrument für den Sieg über einen anders nicht bezwingbaren Gegner. Sie läuft damit Gefahr, ihre Legitimität endgültig zu verlieren.

Angesichts der vorstehenden Lageanalyse ergeben sich drei Handlungsoptionen. Die erste Möglichkeit ist eine schnelle Beendigung des deutschen militärischen Engagements bei gleichzeitiger langfristiger Fortsetzung der entwicklungspolitischen Unterstützung Afghanistans. Hauptprobleme dieser Option: Ein kurzfristiger militärischer Rückzug der internationalen Gemeinschaft könnte zu einer Erstarbung von Al-Qaida und einer Neuauflage der Kämpfe afghanischer bewaffneter Gruppen wie nach dem Ende der Regierung Nadschibullah 1992 führen. Er würde wohl von den meisten NATO-Partnern, insbesondere den USA, nicht akzeptiert.

Die zweite Möglichkeit, die Übernahme des US-amerikanischen Konzepts und eine Ausweitung des deutschen militärischen Engagements, ist ebenfalls nicht empfehlenswert. Das käme der weitgehenden Aufgabe des deutschen Ansatzes einer vorrangigen Förderung entwicklungspolitischer Ziele bei gleichzeitiger militärischer Stabilisierung gleich. Statt grundsätzlich ziviler hätte die Afghanistan-Politik eine dezidiert militärische Ausrichtung. Eine COIN-Strategie gefährdet aber nicht nur die Legitimation des deutschen Einsatzes in Afghanistan, sie hätte auch erhebliche Auswirkungen auf die beteiligten deutschen Akteure. Die Bundeswehr ist nicht für COIN ausgebildet, für entwicklungspolitische Akteure ist eine Unterordnung unter militärisches Kalkül kaum mit ihren Grundsätzen vereinbar. COIN kompromittiert deutsche Truppen. Eine signifikante Verstärkung des militärischen Einsatzes ist aus Kosten- und politischen Gründen nicht klug. Seine langfristige Aufrechterhaltung wäre innenpolitisch nicht durchsetzbar. Schließlich spricht die geringe Erfolgswahrscheinlichkeit der US-amerikanischen Strategie gegen deren Übernahme und eine Truppenverstärkung.

Die dritte Möglichkeit ist der Versuch der Umsetzung einer primär und zunehmend auf Stabilisierung mit zivilen Mitteln setzenden Strategie, die folgende Elemente enthält:

- bescheidenere Ziel statt tief greifender gesellschaftlicher Umstrukturierung,
- Afghanisierung der Sicherheit statt westlicher Aufrüstung,

- dezentraler Governance-Ansatz statt Förderung des Zentralismus,
- lokale Entwicklung statt Finanzierung der Korruption,
- regionale Einbettung des Konflikts statt Konzentration auf AFPAK.

Die dritte Möglichkeit enthält die meisten Handlungsoptionen und bietet auch im Sinne des entwicklungspolitischen Grundsatzes von „do no harm“ mehr Möglichkeiten, Gewalteskalation zu vermeiden. Die zentralen Faktoren, an denen die heutige Strategie des Westens wahrscheinlich scheitern wird, sind kulturelle Differenzen, begrenzte Ressourcen und die Unmöglichkeit, das Sozialverhalten einer ganzen Gesellschaft von außen grundlegend zu verändern. Die Gefahr besteht, dass Enttäuschung eine doppelte Gegenreaktion provoziert: Die afghanische Gesellschaft könnte die internationale Gemeinschaft zunehmend als Besatzer wahrnehmen und die internationale Gebergemeinschaft sich mehr oder weniger abrupt von Afghanistan abwenden. Folglich ist ein umfassender Strategiewechsel notwendig, der die fünf oben genannten Aspekte beherrscht.

Der Bundesregierung kann nur abgeraten werden, die US-Strategie zu übernehmen, weil sie die Legitimationsbasis des deutschen Engagements in Afghanistan unterminiert und überdies wenig Erfolg versprechend ist. Ihr kann aber auch nicht geraten werden, darauf zu beharren, die bisherige Strategie beizubehalten. Dafür ist die Erfolgsbilanz zu dünn. Allerdings steht die Bundesregierung unter Druck, sich an die veränderte Politik des wichtigsten externen Akteurs in Afghanistan anzupassen. Darum sollte sie dem kanadischen Beispiel der Manley-Kommission folgen und möglichst rasch eine unabhängige Strategiekommission mit dem Auftrag einsetzen, auf der Basis einer ungeschminkten Lageanalyse realistische Exit-Optionen für das deutsche Afghanistanengagement zu erarbeiten.



Kontakt:

Prof. Dr. Michael Brzoska

E-mail: brzoska@ifsh.de



Kontakt:

Dr. Hans-Georg Ehrhart

E-mail: Ehrhart@ifsh.de